

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 1 und 2

Siegen, 15.08.2022

Bereich: Büro Bürgermeister/Recht und Versicherungen

Bearbeitet von: Frau Irle/Herr Werthenbach/Frau Dr. Schneider-Reimann

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Rat

31.08.2022

Kurzbezeichnung:

**Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"
Entscheidung über den Antrag auf Vorprüfung**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen stellt im Rahmen des Vorprüfungsantrages fest, dass das am 20.06.2022 angezeigte Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" zulässig ist.

Sachverhalt / Begründung:

Frau Sandra Drößler, Herr Michael Petin und Herr Hermann J. Hellbach haben am 20.06.2022 die Durchführung eines Bürgerbegehrens gemäß § 26 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) angezeigt (Anlage 1). Die Bezeichnung des Bürgerbegehrens lautet:

"Keine Schulschließungen zugunsten einer weiteren Gesamtschule!"

Die zur Abstimmung zu bringende Frage lautet:

"Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?"

Gemäß § 26 Abs. 2 GO NRW ist die Verwaltung in den Grenzen ihrer Verwaltungskraft ihren Bürgerinnen und Bürgern bei der Einleitung eines Bürgerbegehrens behilflich und teilt den Vertretungsberechtigten schriftlich eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten (Kostenschätzung) mit.

In der Folge eines Gesprächstermins am 20.06.2022 (Anzeige Durchführung eines Bürgerbegehrens) unter Beteiligung der Vertretungsberechtigten Frau Sandra Drößler, Herrn Michael Petin und Herr Hermann J. Hellbach mit Herrn Bürgermeister Steffen Mues sowie des Büroleiters Herrn Johannes Werthenbach wurde den benannten Vertretungsberechtigten ein Informationsschreiben vom 06.07.2022 mit Angaben zum Datenschutz, Informationen zum Ablauf des Verfahrens und der Möglichkeit einer Teilzulässigkeitsprüfung sowie der Kostenschätzung der Verwaltung (Anlage 2) am 07.07.2022 persönlich zugestellt. Mit den Antragstellern wurden mehrere Telefonate geführt. Die von der Verwaltung ermittelte und mit Schreiben vom 06.07.2022 an die Vertretungsberechtigten zugestellte Kostenschätzung lautet wie folgt:

Bürgerbegehren

„Erhalt der Achenbacher Schule sowie der Realschulen Am Oberen Schloss und Auf der Morgenröthe“

*Die nachstehende Kostenschätzung bezieht sich auf das Haushaltsjahr 2022 und den dazu im Haushaltsplan veranschlagten Aufwendungen für den Betrieb der o.a. Schulen. Allein für das Haushaltsjahr 2022 sind für die **Achenbacher Schule, die Realschule Am Oberen Schloss und die Realschule Auf der Morgenröthe** Aufwendungen in Höhe von insgesamt **4.471.440 €** kalkuliert. Es kann festgehalten werden, dass diese Kosten bei der Fortführung der o.g. Schulen – unter Beibehaltung der jetzigen Standorte und keiner Nutzung durch die Gesamtschule - auch in den Folgejahren im Haushalt der Stadt Siegen eingeplant werden müssen. Sie setzen sich wie folgt zusammen.*

<u>Investive Mittel</u> z.B. für Mobiliar, Medienentwicklungsplanung, bewegliches Vermögen und Lehrmittel, ...	394.600,00 €
<u>Konsumtive Mittel</u> u.a. für Personalaufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bilanzielle Abschreibungen, Betriebskosten, ...	4.076.840,00 €
Insgesamt	4.471.440,00 €

Anmerkung:

Zum Gebäudebetrieb im engeren Sinn gehören Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwaltung, Energieversorgung, Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude. Zuwendungen/Fördergelder wurden nicht berücksichtigt und ausschließlich städtische Eigenmittel ausgewiesen.

Aufwendungen für eine 4. Gesamtschule

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass auch für den Betrieb der 4. Gesamtschule in Siegen Aufwendungen zusätzlich zur oben genannten Kostenkalkulation in den Haushaltsfolgejahren berücksichtigt werden müssen. Wird diese 4. Gesamtschule betrieben, werden, mit Blick auf die im Haushaltsplan 2022 für die drei bestehenden Gesamtschulen hinterlegten Haushaltsansätze, für die neue Gesamtschule Aufwendungen in Höhe von rund 2.320.560,00 €, davon investive Mittel in Höhe 449.300 €, davon konsumtive Mittel in Höhe von 1.871.260 €, geschätzt. Bei Erhalt der Hauptschule Achenbach und der beiden Realschulen entstehen diese Aufwendungen zusätzlich zu den oben dargelegten Kosten. Nicht berücksichtigt sind darin Finanzmittel für etwaige bauliche Anpassungen, wenn weitere Räumlichkeiten (Klassen- und Fachräume) am Standort Rosterberg notwendig werden, sofern der Standort in Achenbach weiterhin der Hauptschule Achenbach und nicht wie vom Rat beschlossen der neuen Gesamtschule zur Verfügung steht. Ebenso wenig sind in die Kostenschätzung Aufwendungen für eine möglicherweise ergänzende Erstausrüstung mit Mobiliar, Lehr- und Lernmittel einkalkuliert. Wie auch in der Kostenschätzung für die Hauptschule Achenbach und den beiden Realschulen wurden die Aufwendungen für den Gebäudebetrieb (u.a. Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Hausverwal-

tung, Energieversorgung Abfallentsorgung, Versicherung der Gebäude) aus dem gebuchten Haushaltsjahr 2020 entnommen. Zuwendungen/Fördergelder bleiben ebenso unberücksichtigt. Ausgewiesen werden ausschließlich städtische Eigenmittel.

Am 13.07.2022 wurde von Frau Sandra Drößler und Herrn Hermann J. Hellmann die Vorprüfung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens (Anlage 3) mit einer Unterschriftenliste mit insgesamt 30 Unterschriften und den Unterschriften der Vertretungsberechtigten beantragt.

Am 16.08.2022 hat der Vertretungsberechtigte Michael Petin per E-Mail nochmals die vorbereitete, aber nicht ausgefüllte Unterschriftenliste in optisch leicht veränderter Anordnung per E-Mail übersandt und um Mitteilung von möglichen Änderungsvorschlägen gebeten. Zudem wurde darum gebeten, den Termin, an dem die 3-Monatsfrist für die Einreichung des Bürgerbegehrens endet, mitzuteilen. Weiter wurde gefragt, ob die bislang eingereichten 30 Unterschriften bereits bei der einzureichenden Unterschriftenzahl berücksichtigt werden.

Mit E-Mail vom 19.08.2022 wurde Herrn Petin mitgeteilt, dass sich Änderungsvorschläge seitens der Stadt nicht ergeben. Die Fristberechnung erfolgt verwaltungsseitig und wird noch mitgeteilt. Bestätigt wurde, dass die bereits eingereichten Stimmen bei der Gesamtstimmenzahl berücksichtigt werden. Weiterhin wurde den Begehrenden die Verwaltungsvorlage per E-Mail zugeleitet und wurden sie nochmals zur Sondersitzung des Rates eingeladen.

Dem Antrag auf Vorprüfung durch den Rat der Universitätsstadt Siegen müssen gemäß § 26 Abs. 2 S. 8 GO NRW folgende Unterlagen und Informationen beigelegt sein:

- Benennung und Unterzeichnung der Vertretungsberechtigten
- die zur Entscheidung zu bringende Frage des Bürgerbegehrens
- die Kostenschätzung der Verwaltung
- Unterschriften von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern

Rechtliche Prüfung des Antrages:

1. Zuständigkeit des Rates und Angelegenheit der Gemeinde gem. 26 Abs. 1 S. 1 GO NRW

Der Rat ist gemäß § 41 Abs. 1 S. 1 GO NRW für alle Angelegenheiten der Gemeinde zuständig, sofern nichts Abweichendes in der GO NRW geregelt ist. Dies ist nicht der Fall, so dass die sachliche Zuständigkeit des Rates gegeben ist.

Da das Bürgerbegehren die Siegener Schullandschaft betrifft, ist auch die örtliche Zuständigkeit des Rates gegeben.

2. Abschließender Negativkatalog des § 26 Abs. 5 GO NRW

Im Negativkatalog des § 26 Abs. 5 GO NRW sind Themen abschließend aufgeführt, zu denen ein Bürgerbegehren nicht zulässig ist.

Die Entscheidung über den Erhalt von Haupt- und Realschulen gehört nicht zu den Ausschluss-themen des Negativkataloges.

Zudem dürfen Bürgerbegehren nur Angelegenheiten zum Gegenstand haben, über die innerhalb der letzten zwei Jahre nicht bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist.

Im Bereich der Stadt Siegen wurde bislang kein Bürgerentscheid in diesem Zusammenhang durchgeführt.

3. Zulässigkeit der Fragestellung

Die mit einem Bürgerbegehren zur Entscheidung zu bringende Frage muss hinreichend bestimmt sein.

Sie muss sich eindeutig mit "Ja" oder "Nein" beantworten lassen. Darüber hinaus müssen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Bürgerbegehrens schon aus der Fragestellung klar erkennen können, wofür sie mit ihrer Unterschrift stimmen, ohne auf die Erläuterung des Bürgerbegehrens zurückgreifen zu müssen.

Das Bürgerbegehren soll gemäß des Antrages vom 20.06.2022 folgende Abstimmungsfrage enthalten:

„Sollen Haupt- und Realschulen in Siegen erhalten werden?“

Diese Fragestellung ist in sich widerspruchsfrei, inhaltlich nachvollziehbar und aus sich heraus verständlich. Sie kann mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden.

Den Initiatoren des Bürgerbegehrens geht es um den Erhalt der mehrgliedrigen Schullandschaft in Siegen.

Weiterhin erforderlich ist allerdings auch, dass der angestrebte Bürgerentscheid die abschließende Entscheidung über eine Angelegenheit der Gemeinde im Sinne einer konkreten Sachentscheidung trifft. Dies folgt aus § 26 Abs. 1 S. 1 GO NRW, wonach die Bürger mit einem Bürgerentscheid selbst anstelle des Rates über eine Angelegenheit der Gemeinde entscheiden. Ein Bürgerbegehren darf also nicht lediglich darauf gerichtet sein, dem Rat generelle Vorgaben für eine von ihm noch zu treffende Entscheidung zu machen. Das Bürgerbegehren muss vielmehr selbst eine abschließende Regelung der betreffenden Angelegenheit beinhalten.

Dies könnte hier zweifelhaft sein, da die Fragestellung nicht genau vorgibt, wie genau der Erhalt der Vielfalt der Schullandschaft in Siegen bewerkstelligt werden soll. Das betrifft insbesondere den Umgang mit den beiden derzeit in Siegen noch bestehenden zwei Realschulen. Weiterhin stellt sich auch die Frage nach der Umsetzbarkeit von Ziffer 1 des Ratsbeschlusses vom 15.06.2022 zur Errichtung der vierten Gesamtschule bei einem Erfolg des Bürgerentscheides. Den Initiatoren des Bürgerbegehrens war deshalb im Vorfeld verwaltungsseitig vorgeschlagen worden, die Fragestellung zu konkretisieren, in dem sie um ein „die“

ergänzt wird. Dies wurde jedoch abgelehnt. Objektiv betrachtet verlangt das Begehren also nicht den Erhalt aller bestehender Haupt- und Realschulen in Siegen.

Allerdings wurde es in der Rechtsprechung in Einzelfällen auch bereits für zulässig erachtet, dass Grundsatzbeschlüsse, die noch der Ausführung und Ausfüllung durch spätere Detailentscheidungen bedürfen, durch Bürgerentscheid getroffen werden können. Die Anforderungen an eine zulässige Fragestellung dürfen – eben unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Entscheidung im Rahmen eines Bürgerentscheides getroffen werden soll – auch nicht überspannt werden.

4. Begründung

Ein Bürgerbegehren muss eine Begründung enthalten, die die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner über den Sachverhalt samt Argumenten der Initiatoren informieren. Tragende Elemente der Begründung müssen korrekt wiedergegeben werden, wesentliche Elemente dürfen nicht verschwiegen werden. Die Begründung wird den Unterschriften beigelegt und ist daher in kurzer Form ausreichend.

Die Begründung ist dem Begehren beigelegt und enthält keine falschen Angaben oder Inhalte. Die für die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger wesentlichen Tatsachen sind zutreffend.

5. Kostenschätzung

Nach § 26 Abs. 2 S. 5 GO NRW muss die Verwaltung den Vertretungsberechtigten nach der Anzeige über die beabsichtigte Durchführung eines Bürgerbegehrens eine Einschätzung der mit der Durchführung der verlangten Maßnahme verbundenen Kosten schriftlich mitteilen.

Diese Kostenschätzung muss unverändert und vollständig übernommen werden und sich auf jeder Unterschriftenliste wiederfinden.

Die erforderliche Kostenschätzung der Verwaltung ist den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens mit Schreiben vom 06.07.2022, zugestellt am 07.07.2022, bekanntgegeben worden.

Die Kostenschätzung der Verwaltung wurde unverändert auf die Unterschriftenlisten übernommen.

6. Benennung von Vertreterinnen und Vertretern

Das Bürgerbegehren muss bis zu drei Bürgerinnen und Bürger benennen, die berechtigt sind, die Unterzeichnenden zu vertreten.

Für das Bürgerbegehren "Keine Schulschließung zugunsten einer weiteren Gesamtschule!" wurden Frau Sandra Drößler, Herr Michael Petin und Herr Hermann J. Hellbach benannt.

Die drei genannten Vertretungsberechtigten sind Bürgerin und Bürger der Stadt Siegen und somit vertretungsberechtigt.

7. Unterzeichnungslisten

Die Liste mit den Unterzeichnungen muss den vollen Wortlaut des Begehrens enthalten.

Nach § 26 Abs. 2 GO NRW gehören hierzu:

- die Frage,
- die Begründung,
- die Vertretungsbeneennung,
- die Kostenschätzung der Verwaltung,
- Eintragungsspalten, welche die Person der Unterzeichnenden nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift zweifelsfrei erkennen lassen.

Die v. g. Bestandteile müssen sich auf jeder Unterzeichnungsliste befinden.

Alle Bestandteile sind auf den eingereichten Unterzeichnungslisten vorhanden.

8. Unterschriften von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern

Der Vorprüfungsantrag über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist gemäß § 26 Abs. 2 S. 8 GO NRW von mindestens 25 Bürgerinnen und Bürgern zu unterzeichnen.

Die eingereichten Unterschriftenlisten wurden seitens der Verwaltung unter Zuhilfenahme von Meldedaten geprüft. Am 13.07.2022 wurden insgesamt 30 Unterschriften abzüglich einer Unterschrift eines Nichtbürgers der Stadt Siegen, also 29 gültige Unterschriften eingereicht. Die Unterschriften der Vertretungsberechtigten sind in der Liste nicht enthalten. Die schon eingereichten gültigen 29 Unterschriften werden, wie oben aufgeführt, bei der späteren Unterschriftensammlung berücksichtigt und angerechnet.

9. Ausschlussfrist für Bürgerbegehren gegen einen Ratsbeschluss

Soweit sich ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Rates richtet, ist das Bürgerbegehren nach § 26 Abs. 3 GO NRW an Fristen gebunden. Bei Beschlüssen, die nicht einer Bekanntmachung bedürfen, gilt eine Frist von drei Monaten nach dem Sitzungstag.

Das Bürgerbegehren richtet sich gegen den nicht bekanntmachungspflichtigen Ratsbeschluss vom 15.06.2022, Vorlage Nr. VL 946/2022. Demnach beginnt grundsätzlich die Ausschlussfrist von drei Monaten am 15.06.2022 und würde am 14.09.2022 enden.

Zu beachten ist jedoch die in § 26 Abs. 3 GO NRW enthaltene Regelung zur Hemmung des Fristablaufs.

Danach ist bis zur Mitteilung der Kostenschätzung durch die Verwaltung der Lauf der Frist zur Einreichung unterbrochen. Ebenfalls ist nach einem Vorprüfungsantrag der Ablauf der

Fristen bis zur Entscheidung des Rates, der über den Vorprüfungsantrag gem. § 26 Abs. 2 S. 9 GO NRW innerhalb von acht Wochen zu entscheiden hat, gelehmt.

Das Ende der Ausschlussfrist wird noch mitgeteilt.

10. Ergebnis der Vorprüfung

Wie oben unter Ziffer 3 dargestellt, könnte man die Zulässigkeit der Fragestellung in Zweifel ziehen. Die konkret formulierte Frage befindet sich jedoch in einem Spannungsfeld zwischen einem (zulässigen) Grundsatzbeschluss und einem (unzulässigen) bloßen politischen Appell.

Würde der Rat die Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens feststellen, ist damit zu rechnen, dass die Initiatoren diese Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen würden. Wie die Gerichte entscheiden werden, lässt sich in Ansehung der bisher zu diesem Themenkomplex ergangenen Rechtsprechung nicht verlässlich prognostizieren, da die Anforderungen an eine zulässige Fragestellung auch nicht überspannt werden dürfen.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung vor, das Bürgerbegehren für zulässig zu erklären.

Sämtliche übrigen formalen Voraussetzungen sind erfüllt. Auf eine inhaltliche Zustimmung zu dem Bürgerbegehren kommt es nicht an.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [Anlage 1 - Anzeige Bürgerbegehren](#)
2. [Anlage 2 - Mitteilung über die Durchführung eines Bürgerbegehrens](#)
3. [Anlage 3 - Antrag auf Vorprüfung der Zulässigkeit](#)